

## Frankreich, Großbritannien, Deutschland: Drei Wege in den Niedergang

### ***Frankreich, Deutschland und Großbritannien stehen exemplarisch für ein Westeuropa des Kontrollverlusts durch Massenmigration.***

29. August 2026 | Frank W. Haubold

Westeuropa scheitert an einer doppelten Illusion: Nach innen versucht eine selbstreferenzielle Elite, den realen Kontrollverlust bei Grenzen, Wirtschaft und Demografie durch Sprachkontrolle und moralische Diskurse zu kaschieren. Die seit Jahren beschworene Sicherung der EU-Grenzen bleibt zudem eine Wunschvorstellung, die von Ländern wie Spanien (Legalisierung illegaler Einwanderer) und Schlepperorganisationen unterlaufen wird.

Der Niedergang Westeuropas (demografisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell) basiert auf drei historisch gewachsenen Zuwanderungsmodellen, die inzwischen als gescheitert anzusehen sind.

### **Frankreich: Ökonomische Zwänge und Wunschdenken**

Frankreich war der Vorreiter der massenhaften Migration in Westeuropa. Nach dem Zweiten Weltkrieg und als Folge des Algerienkriegs und der Dekolonisierung (50er und 60er Jahre) wurden aktiv Arbeitskräfte aus den ehemaligen nordafrikanischen Kolonien (Maghreb: Algerien, Marokko, Tunesien) angeworben.

Die Fehleinschätzung dabei: Man vertraute auf das republikanische Assimilationsmodell („Jeder wird durch die französische Schule zum Franzosen“). Doch das Gegenteil trat ein: Die Bildung von sozialen Brennpunkten in den Vororten (Banlieues), der Verfall staatlicher Autorität in diesen Zonen und die teilweise islamistisch motivierte Absage breiter Bevölkerungsgruppen an die Trennung zwischen Religion und Staat machten Frankreich zum ersten Land Europas, das die Kontrolle über die gesellschaftliche Integration verlor.

### **Großbritannien: Der Commonwealth-Mythos als Brandsatz**

Nach dem Zusammenbruch des Kolonialsystems und im Sinne der Erhaltung des Commonwealth gewährte London den Bürgern aller ehemaligen Kolonien (insbesondere aus der Karibik, Pakistan, Indien und Bangladesch) das Recht, im Mutterland zu leben und zu arbeiten. Dabei setzte die britische Politik auf ein multikulturelles Staatsmodell – man ließ Parallelgesellschaften weitgehend gewähren, solange der äußere Scheinfrieden gewahrt blieb. Als der Politiker und Visionär Enoch Powell 1968 vor der demografischen Sprengkraft der Massenzuwanderung warnte, prägte er einen Satz, der heute mehr denn je Gültigkeit besitzt: „Es ist, als würde man einer Nation zusehen, die eifrig damit beschäftigt ist, ihren eigenen Scheiterhaufen aufzuschichten.“

Was als weltweites Commonwealth-Bündnis gedacht war, führte zur Entstehung verfestigter ethnischer und religiöser Problemviertel in Industriestädten (z. B. Bradford, Birmingham) und einer tiefen gesellschaftlichen Spaltung, die später nicht nur den Brexit maßgeblich befeuerte, sondern auch zu kriminellen Auswüchsen wie den [Grooming-Gangs](#) und ethnisch motivierten Unruhen führte.

### **Deutschland: Vom Gastarbeiter-Irrtum zur Grenzöffnung für jedermann**

Die Bundesrepublik begann in den 1950er/1960er Jahren mit Anwerbeabkommen (Italien, Türkei, Griechenland, Spanien, Jugoslawien) zur Deckung des Arbeitskräftemangels des Wirtschaftswunders. Über Jahrzehnte hielt die Politik an der These des „Gastarbeiters“ fest, in der Annahme, die Zuwanderer würden nach einigen Jahren in ihre Heimatländer zurückkehren. Das erwies sich schon in den 70er Jahren als Irrtum, nachdem die Anwerbung infolge der Energiekrise eingestellt worden war. Eine vorausschauende Integrations- oder Steuerungspolitik blieb dennoch aus.

In einem verfassungsrechtlich hochumstrittenen Schritt, der als [Akt der Selbstermächtigung](#) kritisiert wurde, vollzog die Bundesrepublik unter Angela Merkel im September 2015 die endgültige Abkehr von nationaler Grenzsteuerung. Was der Bevölkerung zunächst als einmalige humanitäre Geste verkauft wurde, verwandelte die Zuwanderung von einer an den Interessen der Wirtschaft orientierten Migration in ein permanentes, über das Asylrecht ausgerichtetes Zuwanderungssystem. Damit ignorierte Deutschland die Erfahrungen seiner Nachbarn und reihte sich zeitversetzt, aber in umso größerer Intensität, in das Schicksal Frankreichs und Großbritanniens ein.

### **Die Unumkehrbarkeit des Abstiegs**

Der Niedergang Westeuropas vollzieht sich nicht als plötzlicher Kollaps, sondern als strukturell unaufhaltbare Überlagerung verschiedener Faktoren:

- **Demografie:** Eine in der Geschichte beispiellose Überalterung der Kernbevölkerung trifft auf überlastete Sozialsysteme.
- **Wirtschaft:** Deindustrialisierung, hohe Energiekosten (die deutsche „Energiewende“ als fatalste Entwicklung) und Bürokratie schwächen die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber China, das Europa technologisch, strukturell und von der Rohstoffbasis her überlegen ist.
- **Kultur:** Das Zurückweichen des Christentums (allein in Deutschland traten seit 2000 über 10 Millionen Menschen aus den beiden Amtskirchen aus) und traditioneller Werte (Heimat, Familie) hinterlässt ein Vakuum, das mit verstärkter Konsumorientierung, individualistischen Verirrungen (siehe „Selbstbestimmungsgesetz“), Randgruppenkult und dem Vormarsch des orthodoxen Islam gefüllt wird.

### **Kritik wird kriminalisiert**

Weil Politik und Institutionen die Kontrolle über Grenzen, Demografie und Ökonomie weitgehend verloren haben, verlegen sie sich zunehmend auf die Kontrolle der Sprache (Hate-Speech-Gesetze, „Two-Tier Policing“, Gängelung von Kritikern) zur Machterhaltung. Besonders fortgeschritten ist diese inzwischen ins Totalitäre abgleitende Repression in Großbritannien, wo die Politik teilweise absurd anmutende Gesetzlichkeiten geschaffen hat (Public Order Act 1986, Communications Act 2003, Equality Act 2010), die hauptsächlich genutzt werden, um Kritiker zu kriminalisieren. Nach offiziellen Angaben werden in Großbritannien jährlich mehrere Tausend Menschen wegen Online-Äußerungen festgenommen oder vorgeführt – weit mehr als in vielen autoritären Staaten. So wurde beispielsweise die Tagesmutter [Lucy Connolly zu 31 Monaten Haft](#) wegen eines von ihr selbst noch am gleichen Tag gelöschten Posts verurteilt, während der Iraker [Amar Jabar](#), der mehrfach auf sein Opfer einstach, zur Bewährung verurteilt wurde.

Auch in der Bundesrepublik zeigt sich eine ähnliche Entwicklung: Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), dem verschärften § 130 StGB (Volksverhetzung) sowie der verstärkten Anwendung von Beleidigungsparagraphen und besonders des umstrittenen § 188 StGB („Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung“) werden Online-Äußerungen zunehmend strafrechtlich verfolgt. Polizei und

Staatsanwaltschaften führen regelmäßig Razzien wegen angeblicher „Hasspostings“ durch, und kritische Kommentare zu Politikern oder der Migration führen immer häufiger zu Ermittlungsverfahren, Geldstrafen oder Bewährungsstrafen. Während physische Gewalt und schwere Straftaten oft mit vergleichsweise milden Sanktionen belegt werden, geraten systemkritische Meinungsäußerungen immer stärker ins Visier des Staates.

Im Grunde sind die Messen gelesen, denn viele Entwicklungen sind inzwischen kaum noch zu korrigieren. Die verbleibenden Hoffnungen Konservativer liegen auf Parteien wie dem Rassemblement National (Frankreich), Reform UK (GB) und der AfD (Deutschland), die jedoch allesamt noch nie in Regierungsverantwortung waren. Ob sie allerdings in der Lage wären, die verkrusteten Strukturen (EU, Justiz, Migrationsindustrie) aufzubrechen, bleibt zweifelhaft. Viele Menschen haben die Hoffnung bereits verloren, das zeigen die [steigenden Auswanderungszahlen](#), insbesondere unter Hochqualifizierten.

Wie sagten wir damals am Ende der DDR? Der Letzte macht das Licht aus ...